

Immer weiter wie gehabt?

27.01.2015 | 18:58 | Friedhelm Frischenschlager (Die Presse)

Es wäre höchste Zeit für Österreich, seine verstaubte und doppelbödige Sicherheitspolitik endlich hinter sich zu lassen.

Da hat die „Presse“ (20.1.) eine Bombe in unsere Sicherheitspolitik platziert: „40 Prozent der Wehrpflichtigen 2014 entschieden sich für den Zivildienst!“ Und sie belegen damit, dass immer mehr den Wehrdienst für wenig sinnvoll halten und den um drei Monate längeren Zivildienst vorziehen. Kein Wunder, wenn sie jahrelang nur von Substanzabbau und Budgetkürzungen hören, selbst bescheidene Beträge einer Wehrpflichtreform erst nach 2016 versprochen werden.

Doch wenn Johanna Mikl-Leitner im Lichte der Pariser Terroranschläge eine „Sicherheitsoffensive“ ausruft, als ob es sich beim Terrorismus um ein neues Phänomen handeln würde, finden sich plötzlich Rücklagen zur Finanzierung. Nichts entlarvt die doppelbödige Kurzatmigkeit österreichischer Sicherheitspolitik mehr als diese jüngsten Erfahrungen.

Die Chance, Grundsatzfragen anlässlich der Wehrpflichtbefragung ernsthaft zu erörtern, wurde vermieden. Sie wird uns aber nicht erspart bleiben. Oder wir tun weiter wie gehabt, mit immer weniger Mitteln und schwindender Wehrdienstbereitschaft. Dazu einige grundsätzlichere Überlegungen:

Erstens: Selbst in der neuen österreichischen Sicherheitsstrategie wird nicht bestritten: Im Zentrum Europas macht einzelstaatliche Sicherheitspolitik keinen Sinn mehr. Wer heute bei der Landesverteidigung, also der militärischen Verteidigung an unseren Grenzen, mit einem Miliz-Bundesheer auskommen will, und wer gelegentlich übende Miliz-Soldaten in den Kampf gegen Terroristen schicken will, handelt unverantwortlich.

Kapazitäten bündeln

Österreich und Europa haben nur eine Chance auf Sicherheit an den Grenzen und im Inneren, wenn politische und militärische Kapazitäten gebündelt werden. Deshalb muss auch Österreich aus Eigeninteresse alles zum Ausbau der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik tun. Die steckt zwar noch in den Kinderschuhen, stellt aber die einzige sinnvolle sicherheitspolitische Perspektive dar.

Zweitens: Viele Bundesheer-Vertreter, die Offiziersgesellschaft etc. berufen sich auf Vorgaben der Bundesverfassung, die längst obsolet sind. Dieser Widerspruch zwischen Verfassungsauftrag und Realität harrt der Lösung, damit er nicht weiter zum Vorwand für eine Sicherheitspolitik von gestern hergenommen werden kann!

Drittens: Der Ergebnis der Wehrpflichtbefragung zwingt das Bundesheer, auf Jahre seine Ressourcen in ein Ausbildungsheer zu stecken, um dann die bescheiden Ausgebildeten auf Nimmerwiedersehen nach Hause zu schicken bzw. eine Miliz zu mimen, die ohne Übungspflicht wenig Sinn macht. Ein solches System kann den aktuellen Sicherheitsbedarf nicht abdecken.

Viertens: Die Verantwortlichen müssen für eine Grundsatzdebatte ohne Tabus sorgen! Die beschlossene Sicherheitsstrategie ist ein guter Ansatz. Ob nun Taten folgen? Es bedürfte jedoch der Einbindung der Bürger in die Diskussion.

Es ist höchste Zeit für einen Ausweg aus der sicherheitspolitischen Sackgasse, in die uns die Scheindebatte der Volksbefragung getrieben hat. Bevor uns via „Abstimmung per Zivildienst-Antrag“ die Grundwehrdiener abhanden kommen und so das jetzige System endgültig ad absurdum geführt wird. Viel Zeit bleibt nicht mehr.

Friedhelm Frischenschlager (*1943 in Salzburg) war von 1983 bis 1986 Verteidigungsminister (damals FPÖ). Mitbegründer des Liberalen Forums (1993). Präsident der Europäischen Föderalistischen Bewegung.

E-Mails an: debatte@diepresse.com